
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 10/2018
Nr. 157

Heckler & Koch: Jahreshauptversammlung

Am 21.9.2018 fand in Rottweil die Hauptversammlung der Heckler & Koch AG statt. Wie bereits im letzten Jahr, nahmen auch diesmal wieder Vertreter der Kritischen Aktionäre Heckler & Koch an der Versammlung teil, beteiligten sich an der Aussprache und belebten die Diskussion durch eigene Forderungen. Dazu gehörten:

- Die Zulassung der Presse bei allen Hauptversammlungen von H&K
- Transparenz bei allen Waffen-, Finanz- und Personalgeschäften der H&K AG
- Die individuelle Veröffentlichung der Gehälter (Grundgehalt und Boni) aller Vorstände und Aufsichtsräte
- Die sofortige umfassende Offenlegung der Besitzverhältnisse der H&K AG
- Die Gründung eines Opferfonds aus dem Geschäftsertrag der Heckler & Koch AG zur Finanzierung medizinischer und therapeutischer Maßnahmen zugunsten der – Millionen! – Opfer des weltweiten Einsatzes der Kleinwaffen von H&K (Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm-, Maschinen- und Scharfschützengewehre sowie Spezialwaffen)
- Die Anerkennung einer Mitverantwortung an den Verbrechen im Fall Ayotzinapa (Mexiko)
- Den Stopp aller Altaufträge mit Kleinwaffenlieferungen an Staaten wie z.B. Indonesien, Südkorea, Saudi-Arabien, Türkei und Katar
- Den Stopp aller Kleinwaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten. Nach unserer Definition zählen diese allesamt zu „roten Staaten“ – unabhängig davon, ob sie Mitglied der NATO bzw. EU sind oder nicht (also auch keine Waffenexporte in die USA, nach Frankreich etc.).
- Die Umstellung der Waffenproduktion auf eine nachhaltige zivile Fertigung im Bereich der Medizin-Energie- und Umwelttechnik!

Leider wurde den Anträgen auf die [Nichtentlastung des Vorstands](#) und die [Nichtentlastung des Aufsichtsrates](#) durch die Mehrheit der Aktionäre nicht unterstützt. Stattdessen beschloss die Hauptversammlung eine Änderung der [Satzung](#), durch die bei künftigen Hauptversammlungen die Redezeit der einzelnen Teilnehmer und die Anzahl der pro Teilnehmer gestellten Fragen begrenzt wurde. Die neue Satzung soll sicherstellen, dass der zeitliche Rahmen der Hauptversammlungen begrenzt bleibt. Faktisch wird durch diese Maßnahme aber auch das Mitbestimmungsrecht von (Klein-)Aktionären beschränkt. Die Arbeit der Kritischen Aktionäre Heckler & Koch wird durch diese Entwicklung erschwert und bedarf gerade deshalb einer weiteren Unterstützung durch die Zivilgesellschaft.

Heckler & Koch: Eigentümerdiskussion

Die Hauptversammlung von Heckler & Koch konnte kein Licht in die Frage bringen, wer die Firma besitzt und kontrolliert. Die Frage schwelt, seit der ehemalige Geschäftsführer von Heckler & Koch, Nicola Marinelli, gegen seine Kündigung klagte und eine Abfindung in Höhe von 500.000 Euro fordert (Landgericht Rottweil, Az. 5 O 59/16). Wie das [Handelsblatt](#) berichtet, konnte in dem Verfahren bisher keine Klärung der Besitzverhältnisse herbeigeführt werden, da Andreas Heeschen der Vorladung des Gerichts nicht folgte und keine Aussage über seine Einflussmöglichkeiten bei Heckler & Koch machte. Das Landgericht Rottweil habe beschlossen, ein Rechtshilfeersuchen zu stellen, in dessen Rahmen der in England lebende Heeschen doch noch zu einer Aussage bewegt werden soll.

Heckler & Koch: Polizeipistole SFP 9 in der Kritik

Nachdem Heckler & Koch in den vergangenen Jahren die Vergabe-Aufträge von mehreren Landespolizeien zur Belieferung mit neuen Pistolen gewinnen konnte, bescheren diese Aufträge dem Unternehmen nun Kritik. Nachdem die Berliner Polizei erste Waffen des Typs SFP 9 erhalten hat, gab es erste Gerüchte, dass diese Waffen auf dem Schießstand Probleme bereiten. Nun berichtet die [FAZ](#), dass mindestens 1337 Pistolen nicht abgenommen werden, sondern durch HK nachgebessert werden sollen. Dass das Problem nicht an Spezifika der Berliner Polizei liegt, sondern eher der Waffe anzulasten ist, scheint dadurch belegt, dass auch die Landespolizeien von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen [Probleme](#) mit der SFP 9 melden. Bayern, das ebenfalls die SFP 9 bestellt hat und dabei die größte Stückzahl bei HK in Auftrag gegeben hat, beschwert sich noch nicht. Das mag aber zunächst einmal daran liegen, dass die ersten Waffen gerade erst in Bayern [eintreffen](#). Nach dem Skandal um das G36-Gewehr unterstreichen diese Meldungen den schlechten Ruf, den die Produkte von HK in der öffentlichen Diskussion mittlerweile genießen. Dem entspricht es, wenn die von der [Welt](#) gestreute Nachricht stimmen sollte, dass die von der Bundeswehr als Ersatz für das G36-Gewehr geprüften Waffen bisher nicht den geforderten Kriterien entsprechen. Das würde bedeuten, dass auch der von Heckler & Koch beworbene, neu entwickelte Gewehrtyp die Erwartungen bisher nicht erfüllt hat.

„Weapon of Choice“: Interview zum Dokumentarfilm über die Kleinwaffenfirma Glock

Fritz Ofner und Eva Hausberger, beide Filmschaffende mit Sitz in Wien, haben einen Dokumentarfilm gedreht, der zum ersten Mal die Exportgeschäfte der österreichischen Schusswaffenfirma Glock und auch die tödlichen Folgen dieser Geschäftspolitik – zum Beispiel in den USA und im Irak – thematisiert. Auf der Film-Website wird er mit den Worten „A dark trail of power, money, violence and politics“ beschrieben.

Nach einer Premierentour durch die Bundesländer läuft „Weapon of Choice“ seit dem 28. September österreichweit in den Kinos. Wir haben Fritz Ofner zu diesem Filmprojekt interviewt.

Glock-Pistolen als Verkaufsschlager: Wie haben Sie Ihre Recherche zu diesem heiklen und im Verborgenen laufenden Exportgeschäft begonnen und welche Probleme oder Überraschungen gab es für Sie dabei?

Ich war für andere Filmprojekte immer wieder in Kriegs- und Krisengebieten unterwegs, und überall stieß ich auf den Mythos der aus Österreich stammenden Glock-Pistole. Egal ob in Syrien, Guatemala, oder den USA – Glock gilt als Synonym für die moderne Pistole. Zurück in Österreich war ich dann überrascht, wie wenig hierzulande über dieses Unternehmen bekannt war. Österreich ist doch sonst auf jeden seiner Beiträge zum Weltgeschehen über die Maßen stolz. Schon schnell erkannte ich, dass dieses Schweigen Methode hat. Über die Jahre ging die Firma Glock gegen kritische Journalisten und NGOs mit allen möglichen Rechtsmitteln vor, und so haben sie es geschafft, die Firma aus dem öffentlichen Bewusstsein zu halten. Die große Herausforderung war es, einen Film über eine Firma zu machen, die

dermaßen die Öffentlichkeit scheut. Wir stellten eine Interviewanfrage an das Unternehmen, geantwortet hat uns ein Anwalt, der gleich mit rechtlichen Konsequenzen drohte.

Welches Konzept liegt Ihrem Dokumentarfilm zu Grunde? Was erwartet die ZuschauerInnen?

Der Film folgt den Glock-Pistolen von ihrer Produktion in Österreich, hin zu Menschen und Orten, an denen sie verwendet wird. Ein Teil des Films spielt in den USA, da dies der größte Waffenmarkt der Welt ist, und der Aufstieg Glocks zur Weltmarke nicht ohne die amerikanische Waffenkultur hätte stattfinden können. Im Film kommen Menschen zu Wort, die eine Glock verwenden. Mein Ansatz war ein anthropologischer: Ich wollte Menschen, die diese Pistole verwenden – Pistolen sind ja fernab einer moralischen Wertung nichts anderes als Tötungswerkzeuge – über ihr Verhältnis zu dieser Waffe sprechen lassen. Diese Erzählungen geben tiefe Einblicke in die Formen struktureller Gewalt. Außerdem habe ich versucht zu ergründen, wie ein kleiner österreichischer Familienbetrieb zu einem Global Player der Rüstungsindustrie werden konnte. Im Film kommen auch zwei ehemalige hochrangige Glock-Mitarbeiter zu Wort. Einer wurde im Gefängnis interviewt, der andere kurz nach seiner Entlassung. Ihre Erzählungen geben tiefe Einblicke in die Welt des internationalen Waffenhandels.



Ein Film zum Thema Waffenproduktion, noch dazu bei einer derart erfolgreichen Firma wie Glock: Welche Wirkung erhoffen Sie sich? Was ist bei dieser Reportage Ihr Hauptziel?

Ziel dieses Filmes ist es, Bewusstsein über Österreichs Rolle im internationalen Waffenhandel zu schaffen. Jedes Jahr werden über eine Million Glock-Pistolen in die ganze Welt geliefert. Das Unternehmen beschäftigt hierzulande hunderte Mitarbeiter. Die Waffen werden aber vornehmlich außerhalb unserer Wahrnehmung eingesetzt. Es stellt sich die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung.

Jetzt, wo der Film verbreitet und bekannt wird: Wie stark ist der „Gegenwind“ der Firma selbst, die Aufklärung zu verhindern? Und wie gehen Sie damit um?

Während der Produktion des Filmes haben wir sehr darauf geachtet, alle medienrechtlichen Vorschriften einzuhalten. Der Film wurde von mehreren Stellen inhaltlich auf seine Richtigkeit geprüft. Als dann die Pressemitteilung rausging, dass der Film das Menschenrechtsfilmfestival in Wien eröffnen wird, erhielten

wir umgehend eine Nachricht vom Anwalt der Firma Glock. Es wurde die Herausgabe des Films gefordert, sowie eine Liste aller Mitarbeiter des Films. Uns wurde mit rechtlichen Konsequenzen gedroht. Wir haben den Anwalt zur Premiere eingeladen. Danach haben wir nichts mehr von der Firma gehört.



Was sind ihre nächsten Projekte im Bereich Dokumentarfilm?

Ich habe in den vergangenen 10 Jahren Filme über die Wurzeln und Ursprünge von Gewalt gemacht. Dafür habe ich viele Kriegs- und Krisengebiete bereist. Diese lange Beschäftigung mit Gewaltthemen war sehr fordernd. In der Zukunft möchte ich mein Augenmerk auf positivere Themen richten.

Herr Ofner, vielen Dank für dieses Interview und viel Erfolg für Ihren wichtigen Film!

Weitere Informationen zum Film und auch den Trailer gibt es auf der offiziellen Internetseite:
<http://www.weaponofchoice.at/>

Quo vadis, Bundeswehr? – Irrwege einer Militärpolitik

Ein Kommentar von André Maertens

Sicher ist es ein Leichtes, Militärpolitik in Deutschland zu kritisieren (nicht erst in der letzten Leyen-Zeit), allein schon deshalb, weil dieses Land nach 1945 auf keinen Fall mehr eine Armee hätte haben dürfen, geschweige denn Kriegspolitik betreiben sollte. Soviel zum nicht-neutralen Standpunkt dieses Kommentartexts – das lässt sich jedoch nicht anders bewerkstelligen, wo doch der militärische Erbe der faschistischen Wehrmacht (personell vor allem in Westdeutschland) sich politisch eben auch nicht neutral verhalten will. Doch die Kritik an der deutschen Militärpolitik (im Verbund mit der sich wieder martial gebärdenden NATO-Gemeinde) ist gleichzeitig auch schwierig, weil sich so vieles auf diesem Feld der „Ehre“ oder besser der „(Rüstungs-)Euros“ so absurd gestaltet.

Stichwort Euro: Wenn man einen Blick auf die finanzielle Versorgung der Bundeswehr wirft, wird man sofort mit der strukturellen Unterfinanzierung dieser Armee konfrontiert – zumindest sagen das diejenigen, die gern mehr Waffen kaufen wollen, bzw. diejenigen, die genau diese gern verkaufen wollen. So soll es (auch ohne den Präsidenten 川普 aus Übersee) mit den Ausgaben also wieder raufgehen. Kann

ja auch nicht sein, dass all die U-Boote nicht fahren können, dass die heutzutage so wichtigen Helikopter fehlen und dass insgesamt eine bedingte Kampffähigkeit vorherrscht, die vor einigen Jahrzehnten noch zu einer Staatskrise geführt hätte. Das Geld wird deshalb ins Bundesver(t)eidigungsministerium wandern, das ist ziemlich sicher vorherzusehen. Wenn denn die Bevölkerung nicht revoltiert gegen solch absurden Machtmissbrauch. Aber in Wilhelmshaven und Kiel ist es anders als vor 100 Jahren ruhig, und im Rest der „Res publica“ auch...

Doch sollte man sich nicht eigentlich die Frage stellen, ob diese Kalte-Krieg-Mentalität nicht schon beim letzten Mal ein Irrweg war? Braucht es nicht eine zivile, d. h. eine wirkliche Diplomatie? Wozu dann all die Waffen und all die Waffen, die noch neu gekauft werden sollen? Muss das Sprichwort nicht heißen: Wenn du den Frieden willst, dann rüste deine zivilen Fachkräfte und beseitige die ungerechte Weltwirtschaftsordnung? Oder sind wir machtgerige Römerinnen und Römer?

Auch nicht unwichtig: die berühmte, wenn auch (durch die Politik der Agenda-2010-Partei) nicht mehr so beliebte „soziale Frage“. Sie muss sich schon vor der Diskussion stellen, ob man noch mehr Geld in den Rachen der Rüstungsfirmen und ihrer unethisch handelnden Manager*innen und Mitarbeiter*innen schmeißen soll. Wenn es Notstand in Pflegeheimen, in Kitas, in der Bildungspolitik und in so vielen anderen sozialen Einrichtungen gibt (abgesehen von einem Ding namens Klimawandel, dessen grausame Wirkungen in vielen Regionen der Welt bereits zu spüren sind), dann kann weder eine christliche, noch eine demokratische und schon gar nicht eine soziale Partei es zulassen oder unglaublicherweise selbst veranlassen, dass das benötigte Geld zu den unproduktiven, kostenverursachenden Soldat*innen und den Schmarotzern von der Rüstungsindustrie geschoben wird. Keine Partei darf das (auch nicht die Grünen und auch nicht Die Linke). Was sollte die Maxime sein? Das Geld denen, die es brauchen, und nicht den Kriegern und potentiellen Mördern. Kann doch bei klarer Sicht auf die Gesellschaft (und nach zwei Weltkriegen) nicht so schwer zu verstehen sein, oder? Politik kann man bzw. können wir ändern!

Aber lassen wir mal einen Moment noch das Änderbare ungeändert: Wie wird die Entwicklung verlaufen? Die Bundeswehr wird am Ende eine Finanzspritze bekommen, und zwar eine riesige, weil „unsere“ Armee gebraucht wird. – Gebraucht wird für was? Das mag sich jeder normal tickende Mensch fragen (der nicht bei Waldbrandgefahr Raketen ins trockene Moor schießt). Der Schröder-Fischer-Kriegeinsatz, der seit 2001 läuft, hat nichts als Tote, Schäden und Versagen der internationalen Gemeinschaft hinterlassen (und für diese beiden Männer fette Lobbyisten-Verträge in aller Herren Länder). Afghanistan ist heute kein Land, in dem hohe staatliche Repräsenten und auch nicht aus Deutschland dorthin abgeschobene Menschen sicher sind. Frust bei den Militärs! Sogar US-Soldaten räumen mittlerweile ein, dass ein Sieg durch Waffen nicht mehr möglich sein wird (wie auch nicht anders zu erwarten, weil militärische Siege in asymmetrischen Kriegen doch die wirklich große Ausnahme sind, man denke an die schmachvollen und blutigen Niederlagen der Briten und Russen in Afghanistan, der Franzosen in *Điễn Biên Phủ* und der USA in Vietnam und im Irak). Was macht man als guter deutscher Soldat? Hört auf zu kämpfen, zieht ab und sucht sich den nächsten Kampfplatz. Wenn möglich mit Terroristen, vorzugsweise islamistischer Art, denn das verkauft sich einfacher. Dass ein Sieg durch Waffen nicht möglich sein wird, interessiert dann niemanden. Gutmenschen der schrecklichen Art. Das hehre Ziel alleine zählt, die Folgen von Kriegeinsätzen sind da doch mal echt keine Diskussion wert. Und wenn es dann in Westafrika auch keinen ehrenvollen Sieg gibt, was wird man sich als Nächstes aussuchen? Ostafrika? Irak? Iran? Oder doch die Ukraine?

Da ist es doch sehr hilfreich, dass deutsche Unternehmen (im Verbund mit ihren global aktiven Partnerfirmen) weiter Waffen in alle Welt transportieren und dort für den Fortgang von so manchem Krieg oder Konflikt sorgen. Wie meinte doch der brave Lindenhof-Bewohner an seinem Gartenzaun zu uns Anti-Heckler-Demonstrant*innen? „Des einen Brot, des andern Tod.“ So selbst erlebt in Oberndorf im Jahre des Herrn 2003. Wobei, solche Aussagen sind ja zeitlos schlecht. Und wenn dann Menschen aus weit entfernten Ländern es bis zu uns schaffen, verursachen diese Menschen (könnte ja ein Zimmermann J. aus N. und seine Frau M. dabei sein) eine Krise – nein, komischerweise ist nicht die tatsächliche Krise der Flüchtlinge gemeint, sondern die unter den Leuten, die zeitlich etwas früher in diesem Land angekommen sind. (Doch welche Ethnie / Bevölkerungseinheit / soziale Gruppe war in Mitteleuropa schon immer dort, wo sie schon immer war?) Was für ein dreister Unsinn! Man muss schon lange vorher eine enorme psychische Krise haben (etwa in Form einer angeblichen moralischen oder kulturellen Höherstellung, weil

man „Europäer“ oder „Deutscher“ ist), um durch Zuwanderung eine solche (zum Teil äußerst gewalttätige) Krise zu entwickeln. Die Welt war schon vor 2015 kein Paradies, auch wenn man zwischen Freiburg und Flensburg gern mit aller Mühe die Augen und Ohren davor verschlossen hat. Und da hatte man viel zu tun, denn dass am deutschen (Rüstungs-)Wesen niemand genesen kann, das muss den Bürger*innen schon klar gewesen sein, als Nr. 3 der Hauptwaffenexporteure weltweit. Vom Jemen werden es nicht viele bis ins steirische Spielfeld oder ins sächsische Chemnitz schaffen. Die könnten dann aber viel erzählen: etwa von deutschen Waffen im Einsatz der „Terroristenbekämpfung“, zum Beispiel in Wohngebieten der Provinz Sa'da, die (mitsamt aller Menschen darin) im Rahmen der (Kriegs-)Operation „Restoring Hope“ 2015 zum militärischen Ziel erklärt worden war. Diese menschenverachtende Idee mit der „Rettung der Hoffnung“ hatten die Waffenempfänger deutscher Firmen – zum Beispiel der Schusswaffenfirma Heckler & Koch. Wobei: Wie in den vergangenen Jahrzehnten schon so oft praktiziert, hat man dem saudischen Regime einfach die Produktionspläne von Waffen und ganze Rüstungsfabriken überlassen, denn auf diese Weise spart man sich all diese lästigen Ausfuhrgenehmigungen und die nervige Erbsenzählerei im Rüstungsexport-„Bericht“ und vor allem die so absurd daher kommenden Endverbleibserklärungen. (Alles derzeitige Gerede vom Stopp der Rüstungslieferungen – nach dem Tod von so vielen Menschen im Jemen? nein, nach dem Tod *eines* Menschen aus Saudi-Arabien – oder gar von einem Embargo ist derart verspätet, angesichts der tatsächlichen Lieferpolitik völlig unglaubwürdig und reine Augenwischerei. Richtig wäre sie, diese Entscheidung, aber sie wird in dem nötigen Maße leider nicht wirklich kommen.) Ob auch die Bundeswehr altes (oder neues) Gerät an Saudi-Arabien, Katar oder Oman geliefert hat? Wir leben ja nur in einer Demokratie, da müssen wir sowas nicht wissen.

Aber auch im eigenen Land entbehrt die Politik der Bundeswehr nicht einer gewissen Sinnfreiheit. Erst wird die Firma, der man vor 20 Jahren ein Gewehr abgekauft hat, dafür gescholten, dass sie genau das Bestellte geliefert hat, dann wird lange und breit diskutiert, wer denn nun schuld sei (woran eigentlich, wo doch das Bestellte geliefert wurde? man verzeihe mir die Wiederholung), und am Ende darf sich die auf's Höchste diffamierte Firma natürlich für die Ausschreibung einer Nachfolgewaffe bewerben. Und es sieht auch noch so aus, als ob diese Firma weiterhin für die Standardbewaffnung sorgen dürfen, noch ist sie zumindest nicht schlechter im Rennen als die sozusagen neuen Bewerber. Wäre das dann freier Markt oder simpel Vetternwirtschaft? Verstörend auch, dass all die anderen Armeen und Polizeien weltweit beim G36 keine Mängel gemeldet haben. Wird dort weniger geschossen? Ist es in mexikanischen Gewehrläufen kühler? Oder ist hier nicht einfach eine innenpolitische Hitze an allem schuld, die einer Ministerin und ihren Widersachern zu Kopf gestiegen ist? Fakt ist: Das Gewehr wird weiterhin verkauft, auch seine Weiterentwicklungen sind nicht unbeliebt. Und Fakt ist ebenso: Wenn denn tatsächlich am Ende H&K den Zuschlag für das neue Bundeswehrgewehr erhalten sollte, wird ein Aufatmen durch's Land und durch's Ländle gehen ob des ergebnisoffenen und fairen Verfahrens und der Wiederherstellung von Ruf und Vertrauen in eigentlich (so die firmeneigene Werbedarstellung) schon immer verlässliche Qualitätsarbeit aus Oberndorf. Dass genau diese Waffenproduktion andernorts Kriege und vielfache tödliche Gewalt mitverursacht: uninteressant.

Ins Schwarze der Absurditätsscheibe schließlich trifft die Idee, in Skandinavien ein Riesenmanöver abzuhalten, das gen Osten gerichtet ist (für schlappe 90 Millionen Euro). Ja, Russlands Außenpolitik ist militärisch, ja, die Bevölkerung der Staaten in Russlands Nähe hat Angst vor Krieg. Aber eben auch ja: An Bedrohungsszenarien kann man verdienen und das nicht zu knapp. Waffenfirmen und ähnliche skrupellose Unternehmen machen Profite (plus so manche Staatssekretär*innen schwarz?), Verteidigungsbündnisse können Legitimation gewinnen, Politiker*innen können die bereits erwähnten Lobby-Posten abstauben. „Mehr Feind, mehr Ehr“ wird dann zu „Mehr angebliche Gefahr, mehr Geld“. Das reimt sich zwar nicht, muss es aber auch nicht, denn Hauptsache, die Kasse klingelt. Und jeder Waffendealer weiß: Wer einmal anfängt mit Drohen (oder sogar Schießen), der kommt wieder, weil er mehr braucht. Vor allem, wenn sich diese Krieger und der ganze NATO-Verein fast so aufführen wie ein Mann gehobenen Alters, nein, wie ein echter Kerl, der oben ohne und mit Sonnenbrille durch die sibirische Tundra reitet. Mit diesen Kriegsbegeisterten soll die deutsche Bundeswehr, also Bundesbürger*innen, zusammenarbeiten (dürfen)? Das ist die Vertragsorganisation, die wir wollen? Mit einer USA, die zusätzlich zum – auch ohne Obama – weiterlaufenden Drohnenkrieg gar einen neuen großen lostreten könnte, eventuell per Twitter? Bismarck würde sich im Grab umdrehen. Oder freudig mitmachen. Europäern kann man

eben nicht trauen, weder bei der nötigen humanitären Hilfe für Flüchtende noch bei nahendem Kriegswahnsinn.

Das ist das Europa 2018 – und die deutsche Armee mittendrin. Absurd.

(Hoffentlich kommt keiner auf die kranke Idee, in Deutschland noch mehr Atomwaffen zu stationieren, als im rheinland-pfälzischen [Büchel](#) ohnehin schon lagern.)

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=206

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum
Braunschweig

